



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2017 • Dritte Sitzung • 29.11.17 • 08h15 • 15.3832
Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Troisième séance • 29.11.17 • 08h15 • 15.3832



15.3832

Motion Aebischer Matthias.
Importverbot
für tierquälerisch erzeugte Produkte

Motion Aebischer Matthias.
Interdire l'importation de produits
provenant d'animaux ayant subi
de mauvais traitements

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.06.17
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 29.11.17

17.3967

Postulat WBK-SR.
Obligatorische Deklaration
der Herstellungsmethoden
von Nahrungsmitteln

Postulat CSEC-CE.
Déclaration obligatoire
des modes de production
de denrées alimentaires

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 29.11.17

15.3832

Antrag der Kommission
Ablehnung der Motion

Antrag Minder
Annahme der Motion

Proposition de la commission
Rejeter la motion

Proposition Minder
Adopter la motion

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, Präsidentin): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Der Bundesterrat beantragt die Ablehnung der Motion und die Annahme des Postulates.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2017 • Dritte Sitzung • 29.11.17 • 08h15 • 15.3832

Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Troisième séance • 29.11.17 • 08h15 • 15.3832



Häberli-Koller Brigitte (C, TG), für die Kommission: Unsere Kommission hat die Motion vorberaten und beantragt Ihnen mit 9 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, diese abzulehnen. Zugleich haben wir ein Kommissionspostulat verabschiedet, das wir Ihnen zur Annahme beantragen. Die vom Nationalrat mit 97 zu 77 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommene Motion Aebischer will den Bundesrat beauftragen, unter Berücksichtigung internationaler Verpflichtungen ein Importverbot für tierquälerisch erzeugte Produkte zu erlassen. Der Motionsnär schreibt in seiner Begründung, dass das Parlament und auch der Bundesrat bereits mehreren Vorstössen zugestimmt haben, die den Import tierquälerisch erzeugter Produkte in die Schweiz verbieten.

Richtig und zentral ist, wie der Motionsnär selber schreibt, dass das Bundesgesetz über die Landwirtschaft in Artikel 18 die Möglichkeit bietet, für Erzeugnisse, die nach Methoden produziert werden, die in der Schweiz verboten sind, gewisse Vorschriften wie Deklarationspflicht, Erhöhung von Zöllen oder ein Importverbot zu erlassen. Auch Artikel 14 des Tierschutzgesetzes ermächtigt den Bundesrat, die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren oder Tierprodukten aus Tierschutzgründen an Bedingungen zu knüpfen, einzuschränken oder zu verbieten.

Unsere Kommission hat sich bereits wiederholt mit Importverbots für Produkte mit tierischen Bestandteilen auseinandergesetzt und den Tierschutz aus handelstechnischer Perspektive beleuchtet. Diese Motion umfasst ein besonders breites Spektrum von potenziell betroffenen Produkten, weshalb wir eine Anhörung von Vertretern der betroffenen Kreise – wie Schweizer Tierschutz, Schweizer Bauernverband und Schweizer Gewerbeverband – durchgeführt haben. Es wurde festgehalten, dass zahlreiche Bereiche betroffen wären, neben der Nahrungsmittelindustrie etwa die Textilbranche und die Uhrenindustrie.

Die Mehrheit der Kommission zeigt Verständnis für das tierschützerische Anliegen und betont, dass der Import von Produkten, die mittels Methoden hergestellt werden, die nicht den Schweizer Tierschutzgesetzgebung entsprechen, genau zu regeln ist. Dass dies mangels einer griffigen Definition von tierquälerisch erzeugten Produkten schwierig ist, kann die Kommission nachvollziehen. Dennoch wird die Motion den differenzierten Produktionsmethoden und Einsatzbereichen von Produkten mit tierischen Bestandteilen nicht gerecht. Klaren Handlungsbedarf sehen wir aber bei der konsequenten Anwendung der bereits bestehenden gesetzlichen Grundlagen im Landwirtschaftsgesetz und im Tierschutzgesetz.

Die Kommission ist der Ansicht, dass insbesondere die Pflicht zur Deklaration der nicht den Schweizer Normen entsprechenden Herstellungsmethoden von Nahrungsmitteln verstärkt werden sollte. Deshalb beantragen wir Ihnen, das Postulat 17.3967 anzunehmen. Mit diesem Postulat beauftragen wir den Bundesrat, einen Bericht darüber vorzulegen, wie die Pflicht zur Deklaration der nicht den Schweizer Normen entsprechenden Herstellungsmethoden von Nahrungsmitteln verstärkt werden könnte.

Die Kommission beantragt Ihnen also die Ablehnung der Motion und bittet Sie, das Postulat anzunehmen.

Minder Thomas (V, SH): Froschschenkel, Stopfleber, Haifischflossen, Robbenbabys, Reptilienhäute – Jahr für Jahr gelangen diesbezügliche politische Vorstösse in unseren Rat, und wir tun uns stets schwer, das Tierwohl und die Nachhaltigkeit höher zu gewichten als die wirtschaftlichen Überlegungen. Ich plädiere bei all diesen Vorstösse – und ich unterstütze auch diesen hier – dafür, dass gerade die wohlhabende Schweiz bei solchen Verschärfungen den internationalen Lead übernehmen sollte oder vielmehr müsste. Gerade ein wohlhabendes Land wie die Schweiz setzt mit einem Importverbot international ein Zeichen. Ein Schwellenland, aber auch ein schlicht weniger entwickeltes Land als die Schweiz ist oftmals aus wirtschaftlichen Gründen gar nicht in der Lage, verschärfe Bestimmungen einzuführen. Solche Länder setzen das Wachstum über das Tierwohl. Ich jedoch setze das Tierwohl über das Umsatzwohl.

Unser politisches System erlaubt es gottlob, dass solche Vorstösse debattiert werden. Beim Importverbot von Robbenbabyfellen hiess es in diesem Rat vor einiger Zeit, man müsse die WTO-Richtlinien respektieren; Sie erinnern sich. Wir haben die Vorlage lange sistiert, bis wir den Mut hatten, hier endlich einen Riegel zu schieben. Es hiess damals auch, ein Verbot von Robbenbabyfellen sei nicht WTO-konform. Und siehe da: Auch bei der vorliegenden Motion erfolgt vom Bundesrat genau die gleiche Antwort. Für mich ist das ein Déjà-vu. Immer wieder heisst es beim Thema Tierschutz,

AB 2017 S 799 / BO 2017 E 799

Importverbote würden gegen den internationalen Handel oder die internationalen Handelsregeln verstossen. Wichtig ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass die internationalen Handelsverträge wie das WTO- und das Gatt-Abkommen Ausnahmen vorsehen. Diese besagen, dass Massnahmen von Mitgliedstaaten erlaubt sind, wenn sie zum Schutz der öffentlichen Sittlichkeit notwendig sind. Tierquälerisch erzeugte Ware verletzt genau diese Sittlichkeit. Dass der Schutz von Tieren integraler Bestandteil der öffentlichen Sittlichkeit ist, wird sogar in der Lehre anerkannt. Im Fall der Robbenbabyfelle hat die WTO diese Praxis ausdrücklich bestätigt; das



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2017 • Dritte Sitzung • 29.11.17 • 08h15 • 15.3832

Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Troisième séance • 29.11.17 • 08h15 • 15.3832



Verbot des Imports von Robbenbabyfellen in die Schweiz ist somit WTO- und Gatt-konform. Es wäre total absurd, ein internationales Handelsrecht, welches eine total andere Zielsetzung verfolgt, höher zu stellen als das internationale Tierwohl oder das nationale Tierschutzrecht.

Ich rufe die Tierschützer geradezu dazu auf, in diesem Bereich eine Volksinitiative zu starten – Geld ist in diesen Kreisen genügend vorhanden – und sich des Themas "Importverbot für tierquälerisch produzierte Erzeugnisse" endlich anzunehmen. Wir hier in Bundesbern sind schlicht nicht in der Lage, diese Frage nachhaltig zu klären. Wir diskutieren lieber im Jahresrhythmus über solche Vorstösse. Die Gegner dieser Vorlage sagen denn auch, anstelle eines Importverbotes solle auf die Verantwortung der Produzenten und der Konsumenten abgestützt werden. Das ist nichts anderes als ein Appell an die Selbstregulierung. Solange die Konsumenten solche Dinge kaufen und konsumieren, wird es dafür immer einen Markt und immer einen Handel geben. Es ist wirklich naiv, wenn wir ein Lobbyschreiben von Economiesuisse bekommen, welches an die Mündigkeit der Konsumenten appelliert.

Die ständig gleichlautende Antwort seitens des Bundesrates, die verlangt, die internationalen Richtlinien über den Schutz des Tierwohls zu setzen, ist falsch. Nicht alles, womit man handeln und was man konsumieren könnte, soll erlaubt sein. Warum verbieten wir denn in der Schweiz Legehennen, Batteriehühner und Eier von Hühnern aus Käfighaltung, erlauben aber den Import von ausländischen Hühnern und Eiern aus Batteriehaltung? Das ist doch absurd und nicht konsequent!

Ist nun die obligatorische Deklarationspflicht der Freipass für tierquälerisches Produzieren? Zumindest ist das die Absicht der Kommission mit diesem Postulat. In der EU ist die Schweinekastration ohne Betäubung erlaubt, in der Schweiz verboten. Schützen wir die Schweizer Landwirtschaft, indem wir tierquälerisch erzeugte Importware einfach deklarieren? Nochmals, ich wiederhole es, weil es so absurd ist: Schweinefleisch von Tieren, die ohne Betäubung kastriert wurden, und Käfighühner aus der EU dürfen importiert werden; man soll es nur deklarieren müssen.

Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, wie inkongruent wir legiferieren. Der eigenen Landwirtschaft und den Schlachtbetrieben auferlegen wir extrem hohe Hürden, beim Import aber schauen wir weg. Ich vermisste da, Herr Bundesrat, eine klare Strategie. Wenn derartige Produkte nur schon angeboten und gehandelt werden, so ist das eine Schande für unsere zivilisierte Gesellschaft und für die Schweiz. Nicht alles, was kreucht und fleucht, muss gewildert, gehandelt und konsumiert werden. Nicht alles, was kreucht und fleucht, muss dem Spass, der Gaumenfreude und der Freude an der Mode geopfert werden. Wir müssen endlich aufhören, diesen Schund zu konsumieren. Noch viel besser ist es, wie es die vorliegende Motion Aebischer Matthias verlangt, via Importverbot den Produzenten, Konsumenten und Touristen keine Möglichkeit mehr zu bieten, solche Dinge in unserem Land überhaupt zu kaufen. Die Touristen sollen bei uns Zürcher Geschnetzeltes, Fondue, Raclette, St. Galler Bratwurst und einheimisches Trockenfleisch essen, aber keine Stopfleber, Froschschenkel, Haifischflossen und auch keine vom Aussterben bedrohten Fischarten.

Kein Tourist verhungert bei uns, wenn er keine Stopfleber mehr bekommt. Kein Restaurant verliert einen Kunden, wenn es diese Ware von seiner Speisekarte streicht. Wenn Stopfleber und Froschschenkel in Frankreich und Affenschädel, Katzen und Hunde in China sind, so müssen wir diesen Trend sicherlich nicht mitmachen, und kein Konsument muss seine Uhr im Hosensack tragen, wenn Schweizer Uhren nicht mehr mit Lederbändern aus Häuten gefährdet und vom Aussterben bedrohter Reptilien hergestellt werden. Diese Debatte haben wir vor einigen Jahren bereits geführt.

Diese Ware ist per se verwerflich – daran ändert sich auch mit einem Kommissionspostulat nichts. Ich wüsste nicht, was es da noch zu deklarieren gäbe, um den Verkauf und den Verzehr dieser Ware irgendwie zu legitimieren, wie das Kommissionspostulat es verlangt. Ich wünsche mir endlich eine nachhaltige Politik, was die Haltung von Tieren und den Umgang mit Tieren und deren Erzeugnissen anbetrifft.

Wie gesagt, wir behandeln solche und ähnliche Vorstösse im Jahresrhythmus. Unsere Gastrowelt soll sich mit regionalen, hier hergestellten Produkten – wohlverstanden aus tiergerechter Haltung – profilieren, aber sicher nicht mit tierquälerisch produzierter Importware. Kein Guest kommt weniger oft, wenn er keine Stopfleber mehr bekommt. Der Import von solchem Zeug steht zudem in totalem Widerspruch zur Entwicklung und Förderung der Regionalität bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Genau das verlangt die in der Pipeline stehende Initiative zur Ernährungssouveränität, und insbesondere verlangt es die Fair-Food-Initiative: Sie will, dass Lebensmittel mit tiergerechter, tierfreundlicher Haltung erzeugt werden.

Wir können diese Motion hier schon annehmen. Das Initiativkomitee der Fair-Food-Initiative verwendet sonst im Abstimmungskampf genüsslich unsere ablehnende Haltung. Wir brauchen nur die tierquälerischen Stopflebervideos und die Fotos der Käfighühner unter die Bürger zu mischen, um zu punkten.

Zu glauben, mit einem Postulat nehme man dieser Initiative und diesem Thema den Wind aus den Segeln, ist höchst naiv. Die Fair-Food-Initiative geniesst in der Bevölkerung grosse Sympathie. Sie verfolgt mehr oder we-



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2017 • Dritte Sitzung • 29.11.17 • 08h15 • 15.3832

Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Troisième séance • 29.11.17 • 08h15 • 15.3832



niger dieselbe Zielsetzung wie der kürzlich angenommene Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheits-Initiative. Die beiden Vorlagen fordern von unserer einheimischen Lebensmittelproduktion eine viel höhere Nachhaltigkeit. Diese Nachhaltigkeit ist aber nur dann sinnvoll, wenn sie nicht mit sittenwidriger Importware unterlaufen wird.

Zu guter Letzt sei unterstrichen, dass mit einer reinen Deklarationspflicht seitens des Produzenten null und gar nichts passieren würde. Tiere könnten immer noch gequält werden und würden es noch, es wird ihnen Leid und Schmerzen zugefügt. Nur ein Importverbot zwingt die ausländischen Produzenten und Händler zum Umdenken und zu einer tierfreundlichen Haltung und Verarbeitung.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Motion anzunehmen und das Kommissionspostulat abzulehnen.

Berset Alain, conseiller fédéral: Vous connaissez pour l'essentiel la position du Conseil fédéral à ce sujet. On peut regretter, comme vous le faites, que cette position soit constante, mais cette constance parle d'elle-même. Il est vrai que nous avons eu l'occasion de nous exprimer à plusieurs reprises sur des propositions qui, tout en n'étant pas identiques à celle-ci, allaient dans la même direction. Si ce rythme annuel est soutenu, selon vous, c'est parce qu'il y a régulièrement des propositions venant du Parlement qui gardent ce thème à l'ordre du jour. C'est important que ce thème soit toujours sur le tapis, parce qu'en réalité le Conseil fédéral s'est toujours prononcé fermement contre toute pratique qui serait contraire au bien-être des animaux.

Nous légiférons pour la Suisse; nous fixons des normes et des règles qui valent pour notre territoire. Cette motion est certes motivée par des considérations qui relèvent de la protection des animaux, mais elle a des conséquences aussi dans beaucoup d'autres domaines, et nous ne pouvons pas faire abstraction de cette réflexion globale pour l'ensemble des domaines concernés. Un des éléments justifiant notre position, et j'aime-rais vraiment vous demander de porter toute l'attention nécessaire à ce problème, c'est qu'il nous semble que la mise en oeuvre de cette motion exigerait de la part des autorités suisses des choses que nous ne pouvons pas vous garantir d'obtenir, ou à peine.

AB 2017 S 800 / BO 2017 E 800

Peut-être que ce qui fait aussi la force de nos propres institutions, c'est que nous sommes conscients de nos limites et que nous nous sommes toujours engagés à réaliser ce qui était réellement faisable.

Si on doit vérifier que tout produit importé respecte la motion, alors il faudrait dresser la liste des modes de production à l'étranger qui comprennent des mauvais traitements; il faudrait définir la notion de "mauvais traitements", et ce pour chaque type de produit; il faudrait ensuite appliquer la réglementation. Cela signifierait aussi qu'il faudrait faire des contrôles, sinon ce ne serait pas sérieux. Déclarer une interdiction d'importer des produits issus de productions ne respectant pas la demande de la motion, cela signifie devoir faire des contrôles sur place. C'est très complexe; il faut en être conscient. Cela ne nous semble guère réalisable en pratique.

Il y a aussi l'argumentation relative aux engagements internationaux de la Suisse – elle a été mentionnée dans le débat. Evidemment que ce que la Suisse a fait, elle peut aussi le défaire; il faut en être bien conscient. Ce n'est pas un argument absolu face à toute réflexion, ce n'est pas une interdiction de penser. Mais si nous avons fait ces accords de cette manière, c'est aussi en connaissance de la situation. Et, à ma connaissance, nous n'avons pas affaire à une situation qui se serait aggravée depuis. Au contraire, il y a plutôt une augmentation de la sensibilité à ce sujet. C'est aussi dû au fait que nous avons édicté nos propres règles. Ces dernières ont eu pour conséquence une certaine sensibilisation de l'ensemble des consommateurs, qui n'étaient peut-être pas encore tous conscients de cette problématique, alors que beaucoup le sont déjà. Cela montre que cela va dans la bonne direction.

Il a aussi été mentionné dans le débat, et il faut y être relativement attentif, toute une série de textes déposés, de motions et d'objets déjà traités. Monsieur Minder, par exemple, a parlé de l'importation des ailerons de requin. Je me souviens de la motion 13.3331, "Interdiction d'importer des ailerons de requin", qui nous a occupés il y a deux ou trois ans. Le Conseil fédéral avait alors dit qu'il ne servait à rien d'interdire l'importation des ailerons de requin puisqu'il n'y en avait aucun qui était importé. Pourquoi faudrait-il interdire quelque chose qui n'existe pas? A ce moment-là, quelqu'un nous avait dit qu'en consultant Internet, on pouvait constater qu'il existait des restaurants qui proposaient des soupes aux ailerons de requin. Alors, qu'avait fait l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires? Il était allé voir, pour vérifier s'il y avait vraiment un problème dans ce domaine. Nous avons dû nous rendre à l'évidence, en visitant ces restaurants, qu'il ne s'agissait pas de soupes aux ailerons de requin, mais de soupes à autre chose – ce qui aurait permis d'ailleurs de condamner ces restaurants pour tromperie sur la marchandise, mais c'est une autre affaire. Il faut donc être relativement attentif et différencier ce qui est réel – et il y a des problèmes, je vois bien, comme vous, qu'il y a



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2017 • Dritte Sitzung • 29.11.17 • 08h15 • 15.3832

Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Troisième séance • 29.11.17 • 08h15 • 15.3832



des difficultés – de ce qui ne l'est pas, en termes d'importation. On ne peut pas mettre tous ces éléments sur le même pied.

Que faut-il faire maintenant ou que peut-on faire? Nous sommes convaincus que la consommation de ces produits, dans le système libéral que nous connaissons, doit relever de la responsabilité de chaque consommateur. Ce que nous pouvons faire, c'est essayer de garantir autant que possible que l'information soit disponible pour les consommateurs. Il faut donc mettre à leur disposition une information appropriée. Nous avons d'ailleurs dans la législation suisse toute une série de possibilités ou d'obligations d'information pour les consommateurs. Il y a en fait deux formes d'informations: volontaire et obligatoire. Une déclaration volontaire permet de mettre en valeur un produit qui répond à des exigences plus strictes que celles de la législation suisse, en mentionnant, par exemple, une caractéristique ou un mode de production particuliers. Une déclaration est obligatoire pour des produits qui sont notamment obtenus en utilisant des modes de production interdits en Suisse et qui sont expressément désignés comme tels dans la législation de notre pays. Cela doit être obligatoirement déclaré sur l'emballage.

C'est le cas, par exemple, de la viande d'animaux auxquels on a injecté des hormones. Oui, il y a une importation de cette sorte de viande, alors que ce type de production est interdit en Suisse. Il est donc très important que l'information soit donnée de manière à ce que les consommateurs puissent savoir et connaître ce qu'ils achètent. Il y a aussi la question de la viande de lapin produite selon des normes qui diffèrent des dispositions suisses sur la protection des animaux. Il y a encore – et vous l'avez mentionné dans votre intervention, Monsieur Minder – les oeufs des poules élevées en batterie.

La déclaration offre l'avantage de la transparence. Avec cette transparence, le libre choix est ainsi assuré pour les consommateurs. Le Conseil fédéral a jusqu'ici toujours estimé qu'avec la déclaration on avait un instrument qui était approprié et suffisant.

C'est la raison pour laquelle, et en tenant compte des arguments que j'ai exposés, le Conseil fédéral estime que la motion Aebischer Matthias va loin et qu'elle est très difficile, voire impossible, de notre point de vue, à mettre en œuvre. Il faut imaginer ce que cela signifierait que de devoir mener des contrôles dans tous les pays depuis lesquels nous importons des produits issus d'élevages d'animaux. C'est pourquoi le Conseil fédéral vous invite, de manière conséquente et constante, à rejeter cette motion.

Cela dit, nous avons suivi avec grand intérêt les délibérations de votre commission. Elle a dit: "Attention, il y a peut-être encore un potentiel d'amélioration dans le domaine de la déclaration." C'est dans ce sens aussi que nous interprétons le postulat déposé par votre commission. Il nous charge d'examiner s'il y a une marge de manœuvre ou quelle est la marge de manœuvre encore disponible pour renforcer la déclaration obligatoire sur certains produits dans le cadre de notre politique agricole et de nos engagements internationaux. Nous sommes disposés à faire ce travail. Une partie de cette discussion a déjà eu lieu dans le débat sur le projet de révision de la loi sur les denrées alimentaires. Il n'avait pas été toujours très simple à l'époque de mener ce débat, complexe, notamment sur la déclaration. Mais si, maintenant, sur la base de la motion Aebischer Matthias, nous avons l'occasion d'approfondir à nouveau ce point, avec le soutien de votre commission et de votre conseil, je dois vous dire que nous sommes tout à fait disposés à le faire, à étudier où des améliorations pourraient être apportées.

C'est dans ce sens que je vous invite à accepter le postulat de la commission.

15.3832

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion ... 4 Stimmen

Dagegen ... 37 Stimmen

(1 Enthaltung)

17.3967

Angenommen – Adopté

AB 2017 S 801 / BO 2017 E 801